

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Gartenztg.
Techn. Zeitung Witzblatt „L.K.“

Abrechnung täglich zweimal, Sonntags, Feiertags und Montags...
Abrechnungsmittel einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Boten...

Schlesische Allee 14, Schützenstr. 4, Hohenzollernstr. 79, Fennestr. 1...
Müllerstr. 135, Radetzkystr. 41, Köpenickerstr. 66-68, Rosenfelderstr. 45...

Roch über die Einigungspläne

Demokraten und Republikanische Union - Weimarer oder Große Koalition? - Zentrumsabfrage an den Grafen Westarp

In der ersten Septemberrummer der „Silbe“ beschäftigt sich der Vorkämpfer der Demokratischen Partei, Reichsminister A. D. Roch, mit der durch Wirths Sammelruf aktuell gewordenen Frage der „Republikanischen Einigung“.

Er sieht den Schwerpunkt der Wirth'schen Ausführungen in dem Verlangen, daß die Republik und die Republikaner Holzer und selbstbewußter auftreten, sich nicht als Bürger zweiten Ranges behandeln lassen, Anerkennung für ihre Verdienste verlangen und — das ist die Hauptfahne — Freude und Begeisterung für ihre Ideen und Ideale im deutschen Volke erwecken.

Roch glaubt, daß Wirth seine Reinkultivierung der gegenwärtigen Zusammenhänge der Parteien und der Regierung bezweckt habe. Er setzt sich nunmehr mit Meinungen auseinander, die im Laufe der bisherigen Diskussion in der Öffentlichkeit geäußert worden sind. Eine Rückkehr zur Weimarer Koalition erscheint ihm unmöglich, da weder Zentrum noch Sozialdemokratie heute dafür zu haben sind.

Heber die Stellung der Demokratischen Partei zur Koalition ist die Frage und damit auch zum Problem der republikanischen Einigung im engeren Sinne die Rede.

Die Deutsche demokratische Partei kann keinem Kabinett angehören, in dem man ihre eigenen Anforderungen fortgesetzt ignoriert und die Vertretungen der Reichspartei fördert. Koalitionen, die die Deutsche demokratische Partei unter diesen Umständen mitmachen kann, sind die Weimarer, die Große Koalition und die Koalition der Mitte.

Unter diesen drei Möglichkeiten ist die Weimarer Koalition nicht, wie die Dinge heute liegen, die Weimarer Koalition nicht wie an erster Stelle. Die Weimarer Koalition ist nicht stark genug, um eine sichere Mehrheit im Reichstag zu gewährleisten. Das ist im Reich nicht mehr als in Preußen, wo die Befestigung des Stützpunktes der Regierung erschwert, und wo die Kräfte zum Mittelpunktsitzen fehlen.

Die Weimarer Koalition ist nicht stark genug, um eine sichere Mehrheit im Reichstag zu gewährleisten. Das ist im Reich nicht mehr als in Preußen, wo die Befestigung des Stützpunktes der Regierung erschwert, und wo die Kräfte zum Mittelpunktsitzen fehlen.

Zudem darf kein Republikaner verkennen, daß eine ziffermäßige Mehrheit im Reichstag noch keine sichere Garantie für den Bestand einer Regierung bildet, und daß eine Regierung der Weimarer Koalition in einem Maße mit den großen parlamentarischen Wahlen und Strömungen im Kampf liegen würde, daß ihre Leistungsfähigkeit geschwächt wird.

Es kommt hinzu, daß die Aufgaben, die in der nächsten Zeit zu lösen sind, nicht allein in der Befestigung der Republik bestehen. Die Aufgaben sind die Durchführung der Antikrisenpolitik, die Durchführung der Antikrisenpolitik, die Durchführung der Antikrisenpolitik, die Durchführung der Antikrisenpolitik.

Jede republikanische Koalition muß verhindern, so meint Roch, „sich über die drei Weimarer Koalitionsparteien hinaus nach rechts zu erstrecken“. Der Kampf in der Volkspartei, ob sie rechts- oder Mittelpartei sein soll, sei noch nicht entschieden.

Je mehr die Deutsche Volkspartei gezwungen wird, praktische Arbeit im Dienste der Republik und der Volkserhaltung zu leisten, um so mehr muß sie ihr Antlitz der neuen Zeit zuwenden. Eine Partei kann sie auf die Dauer ihre Anhänger nicht lassen. Sie wird sie mit den Ideen erfüllen müssen, für die sie arbeitet.

Wenn Streifenmann nach und nach der grundsätzlichen Charakter seiner Ausprägung auch in Deutschland mehr hervorzuheben und wenn er davon freudig daß er mit seinem Zeile die Republik befehen werde, wenn der alte verkehrswissenschaftliche Professor Kahl sich noch wägen ausdrückt, wenn auch Gildemeister neuerdings für Volkserhaltung und Republik mit unermüdeter Liebesfähigkeit eintritt, in sich auch für den von der Deutschen Volkspartei so lange vernachlässigten Gedanken des Unitarismus einsetzt, so zeigt sich mehr und mehr, daß die Führer der Partei bereit sind, das für notwendig Erkannte aufzugeben zu vertreten.

Ich verneine nicht, daß es meinen Anhängern schwer ist, meinen Gedankengängen zu folgen. Denn ich lehne für die Deutsche Volkspartei unsere Gedanken näher, um so heftiger wird ihr Kampf gegen die Führer unserer Partei und gegen die draußen im Lande im Kampfe stehenden Mitglieder unserer Organisation geführt.

Aber an Personen, die nicht an „Einigkeit“ wäre es ein Fehler, wenn man die Deutsche Volkspartei ohne Wort aus der politischen Verantwortung herauslassen wollte. Sie gehört nicht auf die Jettowende der Opposition, sondern auf die dürre Heide der Regierungspolitik.

Zum Schluß erklärt Roch: „Ich bin für jede Koalition zu haben, die die Republik schützt, die der europäischen Verständigung zutrifft, die die Einheit des Reiches und die Kraft der Reichsregierung stärkt. Ich sehe die Möglichkeiten am besten in einer Mehrheitsregierung gewährleistet. Da die Deutschnationalen einer solchen Zielsetzung widerstreben, bleibt als solche Mehrheitsregierung nur die Große Koalition. Wenn sich aber die Sozialdemokratie einer solchen Regierung verweigert, so muß man es entschlossen mit einer Koalition der Mitte, und wenn sich die Deutsche Volkspartei einer solchen Koalition verweigert, ebenso entschlossen mit der Weimarer Koalition beschließen. Wie die Dinge also heute liegen, halte ich es für einen schweren Fehler, den Zusammenhalt der Mitte zu schwächen, ohne daß Erfolg dafür gegeben ist.“

Wer soll regieren? Zu gleicher Zeit wie Roch für die Demokraten, ergreift die „Germania“ für das Zentrum das Wort zur Regierungfrage. Wirths Pläne werden wegen ihrer nicht „zweckmäßigen“ Formulierung beanstandet. Letzt aber wird Graf Westarp's plumper Antikrisenversuch für abgewiesen. Es wird ihm bezeugt, daß er sich auf dem Holzweg befindet. Das Zentrum wolle sich seine deutschnationalen Kandidaten ins Nest legen lassen. Schließlich: „Der archaische Punkt, von dem aus die deutsche Politik bewegt werden muß, ist von Herrn Dr. Wirth richtig gesehen: der neue Staat muß leben und den Willen zum Leben bekunden. Das geht auch nicht ohne Kampf, aber, das wäre vielleicht noch zu betonen, es darf kein Kampf sein, der Wunden fähig die die ganze Nation füllt. Die Frage nach der parlamentarischen Grundlegung einer zuverlässigen demokratischen und sozialen Politik, die für Wirth wesentlich in der Theorie schon gelöst zu sein scheint, bleibt bis auf weiteres eben doch eine Frage — und eine Sorge.“

Wer wird regieren? Das Zentrum weiß wohl, wer es nicht tun wird. Für den Rest, der die Hauptrolle ist, bleibt es die Antwort nach schuldig.

Wer soll regieren?

Zu gleicher Zeit wie Roch für die Demokraten, ergreift die „Germania“ für das Zentrum das Wort zur Regierungfrage. Wirths Pläne werden wegen ihrer nicht „zweckmäßigen“ Formulierung beanstandet. Letzt aber wird Graf Westarp's plumper Antikrisenversuch für abgewiesen. Es wird ihm bezeugt, daß er sich auf dem Holzweg befindet. Das Zentrum wolle sich seine deutschnationalen Kandidaten ins Nest legen lassen. Schließlich: „Der archaische Punkt, von dem aus die deutsche Politik bewegt werden muß, ist von Herrn Dr. Wirth richtig gesehen: der neue Staat muß leben und den Willen zum Leben bekunden. Das geht auch nicht ohne Kampf, aber, das wäre vielleicht noch zu betonen, es darf kein Kampf sein, der Wunden fähig die die ganze Nation füllt. Die Frage nach der parlamentarischen Grundlegung einer zuverlässigen demokratischen und sozialen Politik, die für Wirth wesentlich in der Theorie schon gelöst zu sein scheint, bleibt bis auf weiteres eben doch eine Frage — und eine Sorge.“

Die Volkspartei schaufelt weiter

Alte Entscheidungen verschoben

Gestern tagte in Berlin der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, nachdem schon im Laufe der Parteiverhandlung eine Sitzung abgebrochen hatte. Bei der Sitzung des Reichsausschusses gab Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der Vorsitzende der Partei, einen Bericht über die politische Lage. In einer offiziellen Notiz wird, wie üblich, gesagt, die Beratungen des Parteivorstandes sowohl als auch des Reichsausschusses hätten die Geschlossenheit der Partei über die Fortführung der bisherigen Politik ergeben. Wie wir erfahren, ist natürlich in der Sitzung des Reichsausschusses durch den Oberbürgermeister Dr. Jarres auch die Aktion Jarres-H. Gahl zur Sprache gekommen, die ja daraufhin abgelehnt, die Deutsche Volkspartei mehr noch rechts zu ziehen. Allen Anschein nach scheinen aber die Ideen des Dr. Jarres nicht auf große Gegenliebe gestoßen zu sein, jedenfalls hat man davon abgesehen, in dieser Hinsicht irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Man hat die endgültige Entscheidung auf den Parteitag verlagert, der Anfang Oktober in Köln stattfinden wird. Wie aus Kreisen der Deutschen Volkspartei zu erfahren war, soll mit dem Einverständnis der Geschlossenheit der Partei hinsichtlich der Fortführung der bisherigen Politik die Linie nach beiden Seiten, sowohl nach rechts wie nach links vorläufig offen gehalten werden, vor allen auch deshalb, weil ja in Sachsen die Wahlen bevorstehen, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob man dort die große Koalition wie in den letzten Jahren erneut bilden kann.

Bürgermeister Dr. Herz-Kreuzberg

Einführung durch den Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Dr. Voh führte in der gestrigen Sitzung der Bezirksverammlung Kreuzberg den Stadtrat Dr. Herz als neuen Bürgermeister ein. Er erinnerte daran, daß ein Paul Endau die Segen am holländischen Tore als Sommerfrische benutzt habe, während jetzt die Einbürgerung bereits auch die eifrigsten alte Wähler des Bezirks Kreuzberg angestrichen habe. Aufmerksamste Aufgaben hatten der Selbstverwaltung, insbesondere auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Der neue Bürgermeister werde, obwohl er als Kompatriot bekannt sei, doch in der Zusammenfassung der Parteien zum Gemeinwohl seine vornehmste Aufgabe finden.

Schnelldienst

Der Kanalbauingenieur und Metallarbeiter Hermann Bickler hat die Einleitung der Bauarbeiten zum Ausbau des Berliner Hafens nach Berlin angenommen und wird am Freitag nachmittags 5 Uhr 25 Minuten im Flughafen Tempelhof einreisen. Die Bauarbeiten werden am 7. September mit dem Aufbruch der Arbeiter zum Bau des Hafens beginnen. Der Hafenausbau wird die Einleitung eines Kanals umfassen, der die Hafensysteme des Hafens verbindet. Die Bauarbeiten werden am 7. September mit dem Aufbruch der Arbeiter zum Bau des Hafens beginnen. Der Hafenausbau wird die Einleitung eines Kanals umfassen, der die Hafensysteme des Hafens verbindet. Die Bauarbeiten werden am 7. September mit dem Aufbruch der Arbeiter zum Bau des Hafens beginnen. Der Hafenausbau wird die Einleitung eines Kanals umfassen, der die Hafensysteme des Hafens verbindet.

G. D. A.

Zum dritten Bundestag in Hamburg.

Die Nachkriegszeit hat mancherlei Veränderungen in den Organisationsformen der Arbeiterbewegung gebracht. Besonders bemerkenswert sind sie in der Angestelltenfrage. Bis zur Beendigung des Krieges waren die Angestellten in unzähligen Verbänden organisiert und alle bis dahin unternommenen Versuche zur Vereinheitlichung waren gescheitert. Erst im Jahre 1920 ist es gelungen, eine Anzahl Angestelltenverbände zu einer einheitlichen Organisation zu verschmelzen. Dabei ist auch mit der veralteten Bezeichnung „Gewerkschaften“ die verschiedenen Angestelltenverbände (Lehrer, Werkmeister, kaufmännische und Bureauangestellte) beiderseits organisiert sein müssen; auch die gemeinsame Organisation von Frauen und Männern wurde durchgeführt.

Die Durchführbarkeit dieser Gedanken wurde im Anfang stark angezweifelt. Besonders die Angestelltenverbände, die an ihrer alten Organisationsform festhielten, erklärten die neue Organisationsform für nicht lebensfähig. Nachdem aber der „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ (G. D. A.) — so ist der Name der neuen Organisation — seinen alle zwei Jahre stattfindenden Bundestag — den dritten — in Hamburg abhält (3. bis 5. September 1926), lohnt es, seinen Werdegang näher zu betrachten.

Der Mitgliederbestand, der bei der Gründung (1920) 350 000 betrug, war, wie bei allen Organisationen, nach dem Ruhrkampf zurückgegangen, ist aber wieder auf rund 800 000 gestiegen. Für die innere Kraft der Organisation sprechen die gemittelten Verhältnisse. Seit dem 1. Januar 1924 bis zum 30. Juni 1926 hat die Unterfertigung an die Mitglieder (Stellenlosenunterfertigung, Hinterbliebenenageld, besondere Posten) 3 081 349 Mark gekostet worden. Trotz dieser großen Summen — mit denen der G. D. A. an erster Stelle steht — wird in Anbetracht der Notlage der älteren Angestellten auf dem Bundestage eine neue Einrichtung — die Altershilfe — geschaffen werden. Mitglieder, die im G. D. A. 25 Jahre organisiert sind und das 65. Lebensjahr zurückgelegt haben, erhalten eine laufende Monatsrente von 30 Mark. Bei längerer Mitgliedschaft steigt sie bis auf 50 Mark. Die älteste Angestelltenorganisation, die im G. D. A. verdingelt wurde, ist 1774 gegründet worden, die zweitälteste 1858. Es ergibt sich, daß die Organisation, obwohl 1920 gegründet, Mitglieder zählt, die 50, 40 und 30 Mitgliedsjahre aufzuweisen haben. Infolgedessen werden von der Altershilfe bei Beginn 493 Bezugsberechtigte erfasst, deren Zahl sich bei 1922 auf 1541 erhöht und später natürlich weiter anwächst. Mit dieser neuen sozialen Einrichtung übertrug der G. D. A. die Fürsorgungen anderer Angestelltenverbände auf sich.

Die Leistungen sind durch den guten Vermögensstand des G. D. A. (eigene Geschäftshäuser, Gebäulichkeiten und andere Anlagen), aber auch durch die Organisationsfreudigkeit und die soziale Opferbereitschaft seiner Mitglieder völlig gesichert. Gaben sich die wirtschaftlichen und sozialen Hoffnungen, die an die Vereinheitlichung der Angestelltenfrage geknüpft wurden, glänzend erfüllt, so nicht minder die geistigen Voraussetzungen. Der freistellungs-nationale Grundgedanke seiner Arbeit, sein festes Bekenntnis zum heiligen Staat haben in der Angestelltenfrage tiefen Eindruck geübt. Der Willkommengruß, den der erste Bürgermeister Hamburgs, Dr. Peterßen, dem G. D. A. auf die Mitteilung, daß der Bundestag in Hamburg stattfinden soll, zugehen ließ, betont mit sicherem Blick den Wert dieser Arbeit.

„Die beste Gewähr für eine weitere erfolgreiche Arbeit des Gewerkschaftsbundes der Angestellten erblicke ich in seinen Werten, auf der Grundlage des Volkstums, befeuert von wahrer Vaterlandsliebe, die in seinen Bestrebungen von den Erfordernissen des Gemeinwohls leiten zu lassen.“

Mit diesen Worten ist die Einstellung des G. D. A. zu Staat und Wirtschaft richtig gekennzeichnet.

Die Bewaffnung der Polizei

Von
Polizeiberk. a. D. Schützinger

In dem Publikationsorgan der Deutschen Liga für Menschenrechte veröffentlicht der bekannte Polizeiberk. a. D. Schützinger die nachfolgenden Ausführungen, die gerade von ihm, der auf dem linken Flügel der E. P. D. steht, besondere Beachtung beanspruchen dürfen.

Die Redaktion.

Ich selbst würde mich mit der Mehrzahl aller Gefinnungsfreunde wünschen, daß man in Berlin und München ebenso wie in Prag, London und Paris den Einzel- und Berufs-Polizist, mit einer luftigen Bluse angetan, den Gummihüftel in der Manschette, mitten in die Zentren des Verberches stellen und auf den Einlaß größerer mit Pistole und Karabiner bewaffneter Schutzpolizisten vollkommener verzichten könnte. Doch wir von diesem Idealzustand des modernen Polizeieinfaches noch weit, weit entfernt sind und sicherlich noch durch ein Jahrzehnt schwerer innerpolitischer Erschütterungen gehen müssen, dürfte jedem klar sein, der sich einen gesunden Tatsachenblick bewahrt hat!

Ich kämpfe seit Jahren für eine Umbildung, ja für die Abschaffung der Wehrmacht und ihren Ersatz durch eine republikanische Schutzpolizei — und nun soll diese selbe Schutzpolizei, die von uns erwünschte Nachfolgerin der Reichswehr, der einzige politische Staatfaktor in der Republik, „entmilitarisiert“ und förmlich entwaffnet werden, während insgesamt alles von groß- und kleinährigen Waffenlagern herrt. Denn wenn die Schutzpolizei nicht mehr üben, exerzieren und schießen soll, dann ist sie praktisch entwaffnet, ob sie Waffen hat oder nicht. „Ja selbst der „Gummihüftel“ ist jetzt in den Augen einiger Gefinnungsfreunde ein bluttrüpfendes Werkzeug geworden!

Demgegenüber kann ich meinen Standpunkt nur folgendermaßen präzisieren: In unsere Epoche kann heutzutage, am Gipfel unversöhnlicher Provokationen der Republik, gar nicht ohne einen sich in die Hand nehmen, zu tun und zu lassen! Und wenn sie mal zum Einlaß gegen unvernünftige und unbeherrschbare Schreier kommt, dann kann sie Provokationen gar nicht kräftig genug entgegen treten, zum Beweis dafür, daß sie zielbewußt geführt und ausgebildet wird!

Dazu noch eins: Auch der miserabel besoldete Polizeibeamte hat sein „Menschenrecht!“ Auch er kann Anspruch darauf erheben, nicht vor der Zeit von einer aufgesetzten, wütenden Volksmenge zertreten und fortgeschlagen zu werden. Ich kenne manches traurige Verkommenis aus dem Sommer 1923 in Sachen erzählen, von unlauterem, republikanische Polizeibeamte blutig und zu Krüppeln geschlagen, ja selbst von einer radikalen Volksmenge mit ihren eigenen Seitengewehren erstochen wurden. Also — auch der Polizeibeamte hat sein „Menschenrecht“ — auch der Polizeibeamte hat ein „Menschenrecht“, und kann verlangen, daß der einzelne Beamte nicht entwaffnet, schwer verletzt und fortgeschlagen werden kann. Deshalb aber der gefährliche Einlaß mit der Karabiner und die Ausstattung des Einzelbeamten mit der Pistole!

Nur wer selbst in den Reihen der Schutzpolizei gestanden hat, weiß, daß es Momente gibt, in denen aus einer finsternen aufgesetzten Menge heraus der o. i. e. n. s. e. n. s. a. n. a. l. i. e. r. i. t. und die Gefinnungswilligen zu scharen Abwehrmaßnahmen zwingt, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will! Ich habe bei im Sommer 1923 aus Dresden in die Inruhegebiete abrollenden Polizeikommandos grundtätig die

Wendung mitgegeben: „Denken Sie immer daran, daß Sie deutsche Staatsbürger vor sich haben! Seien Sie menschlich! Warten Sie das Menschenleben! Sobald man aber die Republik verhöhnt und Ihnen die Waffen entwenden will, dann brechen Sie den Widerstand mit aller Gewalt!“
Polizist sein ist ein harter Beruf. Die Polizei hat nichts zu tun mit einem staatswissenschaftlichen Kollagen oder mit der geistreichen Zirkulation im Literatursalon! Wenn die Polizei etwas tunen soll, muß sie streng diszipliniert, unter Umständen militärisch massiert, mit aller Schärfe und aller We-

Energisch gegen jeden Terror

Runderlaß des preussischen Innenministers

Der „Antliche Preussische Verfassung“ schreibt:

„Ungeachtet des Runderlasses des Ministers des Innern vom 26. Mai 1925 haben sich in letzter Zeit Terrorakte, insbesondere Heberfälle einzelner radikaler Gruppen auf politisch Werdensbedenke, in bedenklicher Weise gehäuft. Bei zahlreichen politischen Ansammlungen, namentlich bei Demonstrationen, wird die meist ohnehin erregte Stimmung der Demonstranten wie der übrigen Bevölkerung durch Mitführung von Plakaten und Transparenten mit aufreizenden Aufschriften sowie von aufreizenden oder hohnstößlichen Darstellungen oft besonders verheerende Art absichtlich gesteigert.“

Der Minister des Innern hat deshalb einen Runderlaß (II. G. 1450) an alle Landes- und Kreispolizeibehörden erteilt, in dem diese ersucht werden, gegen alle Terrorakte, Heberfälle und Angriffe in jedem Fall mit Entschlossenheit und Nachdruck einzuschreiten. Die Schutzpolizei soll leistungsmäßig und der Bekämpfung zuzuführen. Waffen und gefährliche Werkzeuge sind wegzunehmen und demnächst zu beschlagnahmen. Zu ihrer Entlastung werden möglichst geringe und häufige Durchsuchungen der bei Umständen als bedenklichen Kraftfahrzeuge beitragen. Das Mitführen von Plakaten, Schildern oder bildlichen Darstellungen der beschriebenen Art ist zum mindesten als grober Einlaß anzusehen, sofern nicht der Inhalt eines der Paragraphen 110, 111, 180, 186, 188 ff. S. 82 ff., aber gar des § 8 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutz der Republik erfüllt ist. Der Verstoß gegen solche strafbare Handlungen muß nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Sachgemäße Unterordnung und Aufklärung der verantwortlichen Verantwortlichen schon während der Vorbereitungen wird in den meisten Fällen ausreichen, um Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhindern.

Zweckmäßig wird eine weitere polizeiliche Nachschau auf den Sammelplätzen für die Veranlassung erfolgen. Bei dieser Nachschau vorzuziehen sind insbesondere Schilber, Plakate oder Darstellungen sind — soweit erforderlich — polizeilich festzustellen. Sollen trotz aller Vorbeugungsmaßnahmen dennoch strafrechtswidrige Schilber in einem Aufzuge herumgetragen oder bei einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel ausgestellt werden, so sind sie wegzunehmen und demnächst zu beschlagnahmen.

Solche Veranlassungen ungeachtet der vorhergehenden Warnungen für räuberisches Treiben durch Heberfälle oder ähnliche Ausschreitungen — und zwar unter Umständen auch nur mittels einzelner Mitglieder — fortzusetzen und zu wiederholter Aufklärung der beteiligten Ortsgruppen auf Grund der getroffenen Bestimmungen durchzuführen. Darüber hinaus erludt der Minister, ihm aber jeden Fall einer solchen Aufklärungsbewertung zu berichten, damit die Frage geprüft werden kann, ob etwa die Vereinnahmung in ihrer Gesamtheit aufzulösen ist.

Vom sozialistischen Kriegeschauplatz

Bresden, 1. September.
Von den auf Betreiben des radikalen Führers aus der sozialistischen Sozialdemokratie ausgeschickten 23 rechtssozialistischen Landtagsabgeordneten hatte einer, der Abgeordnete Gastan, Einspruch erhoben, während die übrigen 22, um für die Wahlvorbereitung freie Hand zu haben, aus der Ausschließung die Konsequenzen gezogen und die „Antliche sozialistische Partei Sachsen“ gegründet haben. Die Wahlberechtigten, das jetzt soeben in Leipzig unter dem Vorsitz des vom sozialdemokratischen Reichsparteivorstand als unparteiischen Parteipräsidenten 3. Jörgel (Köln) getagt hat, hat nunmehr die Ausschließung Gastans für unmöglich erklärt und aufgehoben. Damit funktioniert die deutsche Sozialdemokratie das politische Vorgehen der radikalen Rechtssozialisten, die sie durch ihr schwächendes Verhalten erst gewonnen hat, sich von der offiziellen Partei loszulösen und ihre Sache mit eigener Hand durchzuführen.

Jeden Sonntag neu!
Die weltbekannte, reich illustrierte
Wochenschrift in Kupfertiefdruck
Welt-Spiegel
von jetzt ab auch
im Einzelverkauf
für **10,-**
im Strassenhandel zu haben.
Bestellung zur Lieferung ins Haus
übernehmen unsere Botenfrauen
Verlag Rudolf Mosse
Berlin SW 19

herrlichkeit verwendbar sein! Das die preussische Schutzpolizei dieser Anforderung entspricht, kann keinem Zweifel unterliegen. Ihr allein und keiner anderen korporative, feinen politischen Verband, feinen Klub und feinen Parlament verbanden wir die Gefinnung der Republik! Darum „Ja“ gegenüber der preussischen Schutzpolizei!

Revolution um El Bassi. Nach in New-York eingelaufenen Nachrichten aus Nicaragua haben die Revolutionäre Kap Garaca an der Küste eingenommen. Wie gemeldet wird, wird jeden Augenblick ein Kampf in Bluefields erwartet. Das aber Bluefields selbst als neutrale Zone erklärt worden ist, wird sich der Kampf wahrscheinlich auf Angriffe auf El Bluefield in den strategischen Punkt am Eingang zum Hafen, beschränken.

Männliche Personen Droschken-Chauffeur gehucht, Wohnung Waldstraße 59 u. Scheidstraße 17.	Zeitungshändler mit lauten Organ für 2 Tage in der Woge zum Verkauf einer illustrierten Zeitung zu verkaufen. Der Preis ausgegeben werden soll 50,-. Zu erlangen durch den Verlag Scheidstraße 24/25, 9-10 Uhr. Scheidstraße 24/25.	Arbeitslose Intelligente, erwerbsfähige Herren finden häufig Gelegenheiten zu verschiedenen Arbeiten (auch Nebenberuflich) als Neben- berufliche Mitarbeiter für eine bekannte große Berliner Spezialfirma. Wohnung mit Stellungsantragungen. Scheid- straße 24/25, morgens 9-10 Uhr.	Werbliche Personen Heimarbeiterinnen , geübte Arbeiterinnen mit großer Aufnahmefähigkeit, fertigen Kittex & Bonnet, Scheidstraße 10.	Kürschner Kürschner , allererster Arbeiter, für Herren- Hüte, Einfütterung und Krogen für Herrenhüte. G. Benedict , Friedrich-Berg-Strasse 10.	Maler-Lackierer Künftigen Bediener auf Arbeit soll ein. Waldstraße 84.	Metallgewerbe Klempner, Bau, Gas, Wasser, verli. Neuer, kleine Werkstatt, Sir. 34.	Schneider Klempnermeister für Handarbeit u. Gas (Leitung) verliert. Sir. 34. Scheidstraße 24/25, 9-10 Uhr. Scheidstraße 24/25, 9-10 Uhr.	Mehrerer Bögler bis bereits mit anerkannter, vollkommener Maschine gearbeitet haben, verlangen Gleiberg & Gagnall , Waldstraße 4, IV.	Schuhmacher Schuhmacher, 2 Zimmer, evtl. tauchend zu verkaufen. Scheidstraße 72, NO. 30.	Isidler Klempner, Bau, Gas, Wasser, verli. Neuer, kleine Werkstatt, Sir. 34.	Spezialzimmer Klempner, Bau, Gas, Wasser, verli. Neuer, kleine Werkstatt, Sir. 34.
---	---	---	---	---	--	--	--	---	--	--	--

Deutschum
im
Ausland!
Argentinien
Die Adressen aller in dem Land der Zukunft die deutsche Sprache Sprechenden enthält
Gula Germana
Die vielen Tausende von Adressen beweisen, wie sehr die deutsche Sprache in jenem Lande verbreitet ist.
RM. 15.-
Zu beziehen gegen Einsendung des Betrages franko Deutschland vom Verlag
Rudolf Mosse
Abt. Adressbücher und Codes
Berlin SW. 19
Joulestraße
Postfach 48/49
Postcheckkonto 25212

Die Deutsche Hausfrau Nimmt
FEINKOSTMARGARINE
Blauband
Blattbutter
1/2 Pfd.
50 Pf.

